Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 27 (1933)
Heft: 9

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rundſchau

Zur Chronik.

I. Weltpolitiſches. In *Spanien* iſt die linksradikale Regierung Azanas durch die etwas mehr rechtsſtehende von Lerroux erſetzt worden, zu der die *Sozialiſten* nun in Oppoſition ſtehen. Die politiſche und ſoziale Gärung im Lande muß ſehr groß ſein. — *Kuba* erlebt eine ſeiner Revolutionen, die in Mittel- und Südamerika ſo häufig ſind. Sie ſcheint ſtark gegen den nordamerikaniſchen Kapitalismus gerichtet zu ſein und iſt in erſter Linie von Studenten und Soldaten — beſonders Unteroffizieren — getragen. (Dieſen Unteroffizieren ſollte man unſeren Möckli mit ſeinem „Schweizerſoldat" ſchicken!)

In *Nordweſtindien* ſind von den Engländern wieder auf rebellierende Dörfer durch Flugzeuge *Bomben* abgeworfen worden. Dagegen äußert ſich Lansbury, der Führer der Arbeiterpartei im Unterhaus, ein hochkirchlicher Mann, mit äußerſter Leidenſchaft, und zwar im Namen des Chriſtentums, und die „Times" drucken den Brief ab.

Der wilde Kampf im *Gran Chaco* geht weiter, doch ſcheint nun wieder einmal der Friede in Ausſicht zu ſtehen. Daß Bolivien einen freien Zugang zum Meere wünſcht, den man ihm in ſeinem Streit mit Chile (um *Tacna und Arica)* abgeſchnitten, ſcheint berechtigt zu ſein. Aber nicht das Mittel.

Der Tod von *Lord Grey* regt wieder die Frage auf, ob er wirklich alles getan habe, was möglich war, um den Weltkrieg zu verhindern, ob ſeine Haltung richtig geweſen ſei oder nicht. Eins ſcheint mir aus den Dokumenten ganz klar hervorzugehen: ſein leidenſchaftlicher Wille, dem kommenden Unheil zu wehren. In den Gelb-, Blau-, Braun-, Weiß- und Rotbüchern iſt ſeine Stimme die einzige warme und menſchliche. Er hat gewiß getan was er konnte und was er für recht hielt.

II. Friedens- und Abrüſtungsbewegung. Die *Rüſtungsinduſtrie* geht in faſt allen Ländern glänzend. Wer dieſe Zahlen alle wüßte! Die *Rombacher Hütte* bei (oder in?) Metz habe 1932 einen Reingewinn von 4 320 000 franzöſiſchen Franken gehabt. In *Polen* werde die Motoriſierung des Heeres zum Teil mit Maſchinen beſorgt, die man aus Deutſchland beziehe. Bei den *franzöſiſchen Herbſtmanövern* in der Champagne (Marne!) ſei die Motoriſierung erprobt worden. *Rooſevelt* wolle die der amerikaniſchen Armee, für welche 80 Millionen Dollar bereitgeſtellt ſind, bis zum Abſchluß der Abrüſtungskonferenz verſchieben. In *Tokio* ſei eine beſondere Schule für den chemiſchen Krieg gegründet worden. In *Rumänien* ſpielt der Prozeß *Seletzkys,* jenes Vertreters der Skodafabriken, der in Rumänien mit Beſtechungen Kriegspolitik im Dienſte der blutigen Internationale trieb.

Beſonders bedenklich iſt die *öſterreichiſche Aufrüſtung.* Zwar handelt es ſich nur um 8000 Mann, die als Hilfstruppen (auf Oeſterreichiſch: „Aſſiſtenzkörper") dem Heere zugeführt werden ſollen, das damit erſt ungefähr jene Stärke erhielte, welche ihm die Friedensverträge erlauben; aber im Hintergrund ſteht die Wiedereinführung der allgemeinen Dienſtpflicht in Form des Milizſyſtems (auch jene 8000 ſollen auf Milizart rekrutiert und in halbjährlichen Kurſen dreſſiert werden, zwar vorläufig auf Grundlage der Freiwilligkeit) und für andere Völker iſt das ein böſes Präzedens.

Die Stimmung, welche das *franzöſiſche* Volk beſeelt, wird durch die ſenſationellen Verhandlungen des 120 000 Mitglieder zählenden *Lehrerſyndikates* illuſtriert, das auf ſeiner letzten Tagung mit großer Mehrheit beſchloß, die Dienſtverweigerung zu propagieren. Darauf ſollte der Faſchismus ſich freilich nicht verlaſſen. Gegen *ihn* zögen auch die Antimilitariſten in ihrer großen Mehrheit. Ob

mit Recht oder Unrecht, ſoll an dieſer Stelle nicht unterſucht werden (ich verweiſe vorläufig auf die entſprechenden Bemerkungen in „Zur Weltlage"), aber es iſt jedenfalls Tatſache.

An dem großen „Jamboree" der *Pfadfinder* in Gödöllö in Ungarn fehlten die Deutſchen. Sie ſcheinen die Pfadfinder jedenfalls für pazifiſtiſch zu halten. Möchten ſie Recht haben! (Es gibt übrigens eine beſondere Organiſation der „pazifiſtiſchen Pfadfinder.")

III. Wirtſchaftliches. 1. *Der Arbeitskrieg.* Der große, von der Oeffentlichkeit mit viel Sympathie aufgenommene *Streik der Bauarbeiter in Straßburg,* dem ſich andere aus Solidarität angeſchloſſen, hat nach längerer Dauer mit einer völligen Niederlage geendigt, wie es ſcheint, hauptſächlich wegen Zwieſpalt unter den beteiligten Gruppen. (Sozialdemokraten, Kommuniſten, Chriſtlichſozialen.)

Das Letztere gilt auch von dem Streik der *Elektro- und Sanitätsmonteure* in Zürich, der ebenfalls mit einer völligen Niederlage abſchloß. In Zürich hatte der Regierungsrat mit *bürgerlich*-klaſſenkämpferiſchen Mitteln eingegriffen: mit einem völligen Verbot des Streikpoſtenſtehens und einem Verbot des kommuniſtiſchen „Kämpfers" für zwei Wochen. Intereſſant und an Nazimethoden erinnernd war die Aufforderung an die Polizei, ohne viel Federleſens von der Waffe Gebrauch zu machen. Auch ein Stück bürgerlicher Demokratie!

In *Aſturien* (Spanien) brechen immer wieder Streikbewegungen der *Bergleute* aus.

In *Rumänien* ſind die an jenem großen Streik, von dem ſeinerzeit berichtet worden iſt, beteiligten *Eiſenbahner* zu unmenſchlichen Strafen verurteilt worden.

In Frankreich gibt ein immer wieder aufflammender Streik der *Fluß- und Kanalſchiffer,* die ganze Flüſſe blockieren, zu reden.

Die Streikbewegung in den *Vereinigten Staaten* ſcheint faſt ausſchließlich durch die neuen „Codes" verurſacht zu ſein. Sie will die Unternehmer zwingen, die arbeiterfreundlichen Bedingungen der „Codes" oder noch günſtigere anzunehmen und kommt, wie ſchon anderswo bemerkt worden iſt, im ganzen wohl Rooſevelt zu Hilfe.

2. *Die Landwirtſchaft.* Die Rebellion der *däniſchen,* beſonders durch die Wendung Englands zum Schutzzoll und zur Ottawa-Politik ſchwer bedrängten Landwirtſchaft, deren Wünſche auf eine der Schulderleichterung dienende Inflation gingen, ſcheint durch gewiſſe Schutzbeſtimmungen, direkte Preiserhöhungen, wie durch das Verſprechen einer Senkung des Zinsfußes vorläufig etwas beſchwichtigt worden zu ſein.

Die *Getreidekonferenz* in London hat einige wirkliche oder ſcheinbare Ergebniſſe gezeitigt: Verringerung der Anbauflächen (bei ſoviel Hungersnot!), Kontingentierung, Preisgarantie und ſo fort.

IV. Sozialismus und Kommunismus. Der Kongreß der *ſogenannten Amſterdamer,* mit der Zweiten Internationale zuſammenhängenden *Gewerkſchafts-Internationale* in Brüſſel beſchäftigte ſich auch ſtark mit dem Kampf gegen den *Faſchismus.* Er beſchloß den Boykott gegen Hitler-Deutſchland und forderte überhaupt deſſen politiſche und wirtſchaftliche Iſolierung. In bezug auf das *Kriegsproblem* erörterte er wieder den Generalſtreik im Falle eines Kriegsausbruches, aber ohne Durchgreifendes zu beſchließen, und verlangte Abſchaffung aller privaten Waffenfabrikation, wie auch die Feſtigung der Schiedsgerichtsbarkeit. Gegen die *Arbeitsloſigkeit* endlich empfahl er die allgemeine Einführung der Vierzig-Stundenwoche.

Henderſon iſt mit 15 000 Stimmen Mehrheit gegenüber ſeinem konſervativen Mitbewerber wieder ins Parlament gewählt worden. Dieſes Ergebnis iſt wohl vor allem ſeiner perſönlichen Volkstümlichkeit und der pazifiſtiſchen Stimmung des engliſchen Volkes zuzuſchreiben und nicht ohne weiteres als Symptom des raſchen neuen Aufſtiegs der Arbeiterpartei zu betrachten.

In dem ſogenannten Kommuniſtenprozeß in Stara Zagora in Bulgarien gegen 60 Militär- und Zivilperſonen ſind 16 zum Tode und 42 zu Zuchthausſtrafen von ein bis fünfzehn Jahren verurteilt worden.

Die *ſozialiſtiſche Jugend* des Elſaß und der Nordweſtſchweiz hat in St. Ludwig eine Tagung gegen das Hitlertum abgehalten.

V. Kultur und Natur. In den Vereinigten Staaten geht der *Menſchenraub* weiter und bleibt das *Verbrechertum* in großem Maßſtab ein ſtändiges Problem. Eine Reihe von neuen wilden *Bluttaten* iſt auch wieder in der Schweiz geſchehen und zeugt von der tiefen Verrohung dieſer Generation.

Eine *Tour de Suisse*, d. h. ein ſchweizeriſches Velorennen, hat wieder die ganze, aus der Leere entſtandene Sportpſychoſe des heutigen Geſchlechtes gezeigt; die ſtets neuen Berichte über *Rauſchgift-Prozeſſe* enthüllen eine andere Seite ſeiner Betäubungsſucht.

Der *Flugwahn* fordert ebenfalls immer neue Opfer. Beſonders aufgefallen ſind der Abſturz des Italieners General Pinedo, wie des ſchweizeriſchen Militärfliegers Zulauf und das Verſchwinden des ebenfalls ſchweizeriſchen Zivilfliegers Nauer.

Das Weltblatt, das die „Times" ſind, hat ſich nicht für zu modern und zu vornehm gehalten, dem Thema des *Lärms* unter dem Titel: „The infliction of noise" („Die Beſtrafung des Lärms") einen ganzen langen Leitartikel zu widmen, worin es die ganze verheerende Schädlichkeit der modernen Lärmziviliſation für Leib und Seele des Menſchen, auf Grund von Gutachten hoher mediziniſcher Autoritäten hervorhebt und zu einem energiſchen Kampf dagegen auffordert. Eine lange Reihe von Zuſchriften bezeugt die Zuſtimmung der großen Mehrheit der Leſer. Sie fordern techniſche Verbeſſerungen, ſtrenge Strafen, eine Vereinigung gegen den Lärm und ſo fort, aber eine bemerkt leider mit Recht, daß ein großer Teil der heutigen Menſchen den Lärm *liebt* und den Lärm *will.* Warum wohl?

Furchtbare *Stürme* und *Hochwaſſer* haben an vielen Orten der Erde große Zerſtörungen an Sachen und an Menſchenleben angerichtet. Wenn ich Natur wäre, würde ich mich noch ganz anders gegen die gottloſe Frechheit des Menſchen auflehnen, welche die Schöpfung Gottes ſchändet und verwüſtet.

VI. Kirchliches. Der *Papſt* habe vor 15 000 Balilla-Buben und -Mädchen (die ſyſtematiſch für Krieg und Gewalttat erzogen werden) die Meſſe geleſen.

Der *Kirchenrat von Zürich* habe beſchloſſen, in Zukunft zu Verhandlungen über *Dienſtverweigerer* regelmäßig einen Beobachter zu ſchicken. Das iſt erfreulich!

Weniger erfreulich iſt eine Erklärung (im Tätigkeitsbericht für 1932) der *Neutralität* in *politiſchen Dingen* im Sinne einer Ablehnung aller *Parteinahme.* Kein Verſtändiger verlangt von den Kirchen, daß ſie Parteipolitik treiben oder für Parteien als ſolche Partei ergreifen ſollten, aber hinter der Neutralität kann ſich allzu leicht Bequemlichkeit, ja Feigheit verbergen. Partei nehmen — in einem *höheren* Sinne — ſoll die Gemeinde Chriſti. (Offenbarung Joh. 3, 15—16.) Wie ſich ein *falſcher* Rückzug aus der Politik rächt, zeigt z. B. das auch gar zu nichtsſagende Bettagsmandat dieſes Zürcher Kirchenrates in ſo bedeutſamer Zeit. Die Bedenklichkeit des Willens, über den Parteien zu ſtehen, hat Gottfried Keller in einem bekannten Spruch gekennzeichnet.

Die Genfer proteſtantiſche Kirche, die dortige Freie evangeliſche Kirche, die „Aſſociation chrétienne évangélique", der Vorſtand der „Evangéliſation Populaire" und die Methodiſtenkirche veröffentlichten eine gemeinſam gefaßte Reſolution, welche die *Judenverfolgungen* in Deutſchland verurteilt und feſtſtellt, daß dieſe das chriſtliche Gewiſſen verletzen. Gleichzeitig weiſt die Kundgebung auch auf die Anzeichen von Unduldſamkeit und Ungerechtigkeit hin, die ſich in der Schweiz ſelbſt ſtellenweiſe geltend machen, und warnt davor, daß auf dem Boden

unſeres Landes eine Geiſtesverfaſſung Platz greife, die mit der Eigenſchaft von Nachfolgern Chriſti unvereinbar ſei.

Vortrefflich; aber warum wieder kein Wort gegen die in mancher Beziehung noch viel ſchlimmere Verfolgung von Sozialiſten, Kommuniſten, Demokraten und Pazifiſten? Sind die vogelfrei?

15. September 1933.

Zur ſchweizeriſchen Lage.

1. *Die Fronten und Parteien.* Ich habe im letzten Ueberblick über die ſchweizeriſche Bewegung bemerkt, daß der 9. Juli, jener Sonntag mit den großen Frontenverſammlungen im Theater von Vindoniſſa, auf der Forch und bei Zollikon, der den Höhepunkt der Bewegung markiere, wohl auch ſchon ihren Niedergang ſehen laſſe. Das hat ſich ſeither bewahrheitet. Die Frontenbewegung iſt ſeither raſch zurückgegangen, ja zerfallen, und man darf ruhig ſagen, daß ſie vorläufig, ſoweit ihre direkten Ziele in Betracht kommen, größtenteils mißglückt iſt. Die Urſachen dieſes offenkundigen Mißerfolges ſind die im letzten Heft genannten: der Streit zwiſchen den verſchiedenen Fronten ſelbſt, der ſich beſonders durch den Austritt des Oberſten Bircher und des zürcheriſchen Bauernführers Reichling aus dem „Bund für Volk und Heimat" kund tat, ihre geiſtige Leere, der Mangel an überragender Führung, verbunden mit der ſchweren Kompromittierung der vorhandenen (Sonderegger!), der ſtärkere Widerſtand der Demokratie und der alten Parteien, vor allem aber die raſch um ſich greifende Erkenntnis, daß dieſe „nationale" Bewegung zum großen Teil bloß ein Anhang des deutſchen Nationalſozialismus ſei und daß dieſe „Erneuerung" eine zum Untergang wäre.

Dieſe Verbindung mit den deutſchen Vorgängen iſt inzwiſchen ja nur immer deutlicher hervorgetreten, wie ſie denn von Anfang an keinem Sehenden verborgen ſein konnte. Nicht nur die „nationalſozialiſtiſche", bei der es ſich von ſelber verſteht, ſondern auch die „nationale" Front (die mit der „neuen" eine Einheit bildet) weiß ſich als Verbündete des Hitlertums. Auf dem Bureau der letzteren in Baſel ſind Briefe gefunden worden, nach denen einer der Führer den Chemiſchen Fabriken in Baſel Aufträge aus dem Hitler-Deutſchland im Betrage von 8 200 000 Franken verſchafft hätte, von denen 7 Prozent der Front zufließen mußten. Wenn das ſtimmt (es wird von der Front behauptet, die Briefe ſeien eine Fälſchung, was aber ſehr wenig wahrſcheinlich iſt), ſo wäre alſo dieſer Teil der „nationalen Erneuerung" durch ein Deutſchland finanziert, das bekanntlich die Schweiz aufſaugen will. Darum hat ſich ſogar der Bundesanwalt, der ſonſt ja nur auf Kommuniſten eingeſtellt iſt, der Sache angenommen. Auch die Beteiligung dieſer Kreiſe an Hitler-Feiern ſcheint nachgewieſen und ebenſo, daß ſie ſich als Spitzel des Hitlertums in der Schweiz brauchen laſſen. Sobald aber der Schweizer, der in ſeiner Maſſe für die *geiſtige* Bedrohung unſerer Selbſtändigkeit ſehr blöde Sinne hat (auch darum legt er wohl ſoviel Gewicht auf die ſogenannte Landesverteidigung durch das Militär, die ohne die geiſtige ſo ſinnlos iſt), eine ſolche grobe Form des Landesverrates vor ſich ſieht, regt ſich in ihm denn doch die Liebe zur Schweiz.

Nicht minder kataſtrophal erweiſen ſich für die Fronten gewiſſe *Wahlvorgänge.* In Schaffhauſen, das ein Zentrum der „Nationalen Front" iſt, hat ihr dortiger Führer, Doktor Rolf(!) Henne, als Kandidat für den Ständerat trotz der Unterſtützung der Katholiken nicht einmal ſoviel Stimmen wie der Kommuniſt erhalten. Aber auch ſchon die Tatſache, daß dieſe Frontiſten, die mit ſchallenden Worten den Parlamentarismus, das Parteiweſen und die Wahldemokratie verurteilen (in der Sache nicht ohne Grund), ſich auf einmal ſo begierig nach einem Sitz im Parlament zeigen, als neue Partei auftreten und das gewöhnliche traurige Spiel ſolcher Parteiwahlen mitmachen, iſt eine faſt vernich-

tende moraliſche Niederlage. Viel kraſſer noch als in Schaffhauſen tritt dies in Zürich bei Anlaß des dortigen Ringens um die Mehrheit zwiſchen Sozialiſten und Bürgerlichen hervor. Hier ſchließt die „Nationale Front", die ja „ſozialiſtiſch" ſein will, unter erniedrigenden Bedingungen ein Bündnis mit dem bürgerlich-reaktionären „Freiſinn", für den man ſonſt nur Verachtung hat, gegen den „Marxismus", wiſſend, daß damit *jeder* Sozialismus gemeint iſt, einzig und allein, um einen Stadtratsſitz zu ergattern, und braucht dafür macchiavelliſtiſche Gründe, die alles eher bedeuten als eine geiſtige Erneuerung der Politik. Doktor Tobler iſt damit erledigt, was einem gleichwohl leid tun kann. Hätten er und ſeine Freunde auf wohlgemeinten Rat gehört!

Wenn freilich das Bürgertum (in Zürich mit Ausnahme der Demokraten) ſeinerſeits ſich mit den Fronten einläßt, ſo iſt für es der Schaden nicht weniger groß. Sich mit ſeiner vaterländiſchen Geſinnung breitmachen und ſie jedem *Sozialiſten* abſprechen, nachweiſen, daß die Fronten (mit denen man zuſammen pompös den 1. Auguſt gefeiert hat, einen ihrer Führer zum Feſtredner machend) national bedenklich ſind und dann mit ihnen zur Beſiegung des „vaterlandsfeindlichen Marxismus" ein Bündnis eingehen, das iſt ein Meiſterſtück von Unwahrheit und Charakterloſigkeit, wie es nur die „Neue Zürcher Zeitung" und ihre Partei zuſtande bringt. Aber auch ein macchiavelliſtiſcher Katholizismus wird, wie im Großen für ſeine Verbindung mit Muſſolini und Hitler, ſo im Kleinen für die mit den Fronten noch die Rechnung bekommen und mit ihnen noch allerlei anderes Konjunkturrittertum frommer und weltlicher Art.[1])

2. *Die Beziehungen zu Hitler-Deutſchland* werden immer geſpannter. Jener Verſuch, von den Grenzen her auch unſer Land zu erſchüttern und mürbe zu machen, erzeugt wachſende Beunruhigung und Gereiztheit. Es mehren ſich auch direkte *Uebergriffe* des Hitlertums. Beim Stauwerk Augſt-Wylen und auf der kleinen Inſel Gewert im Rhein ſind Schweizer widerrechtlich verhaftet, in Ramſen im Kanton Schaffhauſen ein in der Schweiz niedergelaſſener Tſchechoſlowake über die Grenze verſchleppt worden. Kleine Dinge, die aber ſymptomatiſche Bedeutung haben. Wichtiger freilich ſind *Grenztagungen des Hitlertums*, wie die in Konſtanz und Säckingen, die den ausgeſprochenen Zweck haben, die politiſche Eroberung der Schweiz vorzubereiten und das auch offen ausſprechen. Die wachſende Feindſchaft großer Kreiſe unſeres Bürgertums, die durch die „vaterländiſche Geſinnung" nicht daran verhindert würden, ſich für Hitler als Beſieger des „Marxismus" zu begeiſtern, gegen das heutige Deutſchland hat übrigens keinen nationalen oder überhaupt idealen Grund, ſondern iſt durch das tief unloyale und perfide Verhalten dieſes Deutſchland in bezug auf die ihm geliehenen ſchweizeriſchen Gelder und ſeine ganze Wirtſchaftspolitik gegen uns beſtimmt. Point d'argent, point de Suisse! — Kreiſe, die dafür Sinn haben, werden durch Tatſachen erregt, wie die, daß ein Mann wie Profeſſor *Bluntſchli*, ein Schweizer, von der Frankfurter Univerſität vertrieben wird, bloß weil er Demokrat und Pazifiſt iſt, während ein Profeſſor *Freytag*, ein Propagandiſt des Hitlertums, weiter unſere Zürcher Lehrer heranbilden darf. Wichtiger iſt freilich eine andere Tatſache: daß dieſes Hitler-Deutſchland durch eine Hochflut von *Zeitungen, Zeitſchriften, Broſchüren* und *Büchern* wie durch das *Radio* bei uns ganz ungehemmt Propaganda treiben darf, während eine Gegenwehr durch das Radio unmöglich gemacht iſt und jede Zeitung oder Zeitſchrift, die ſich in bezug auf das Regime ein Wort der Wahrheit erlaubt, von dem Dritten Reich durch Verbot ausgeſchloſſen wird. So etwas läßt ſich nur die Schweiz gefallen, vermöge ihres beſonders entwickelten vaterländiſchen Heroismus! Solange ſolche

---

[1]) Der letzte *katholiſch-konſervative Parteitag* hat ſich, wie andere katholiſche Tagungen, für die *korporative Ordnung* ausgeſprochen, allerdings mit großer Zurückhaltung, ihre Verwirklichung mehr den *Kantonen* zuweiſend.

Verbote bloß ſozialiſtiſche oder ſonſt oppoſitionelle Organe trafen, krähte kein Hahn darnach. „Geſchieht ihnen ſchon recht", dachte man im Bundeshaus. Als nun freilich die „Neue Zürcher Zeitung" dran kam (welch ein Undank für ſoviel asketiſche Selbſtverleugnung im Ausſprechen der Wahrheit und ſoviel Willigkeit zum Servilismus!), da wurde ſofort Motta beunruhigt. Und nun bedenke man wohl, daß dieſe großen Patrioten und Schwärmer für die Armee, Bundesrat Motta und der mit ihm eng verbundene Profeſſor de Reynold, der Lehrer der ſchweizeriſchen Jugend an der Techniſchen Hochſchule in Zürich, ſtille Bewunderer Muſſolinis und der „Action Française" ſind. Motta hat denn auch bloß freundſchaftliche Vorſtellungen in Berlin verſprochen, die ja, bei Wohlverhalten, mit einer Wiederzulaſſung der tapfern Zürcher Tante zur geiſtigen Tafel des Dritten Reiches enden werden. Und nun darf man wieder nicht vergeſſen, daß der Geſandte in Berlin, der noch dazu den welſchen Namen Dinichert trägt, der Nürnberger Siegesfeier im Kampf gegen die Demokratie und die Arbeiterſchaft beigewohnt hat, während der engliſche, franzöſiſche, polniſche, ſpaniſche, tſchechoſlowakiſche, niederländiſche, amerikaniſche und andere ihr fern geblieben ſind. Auf Reklamationen hin, die ſogar auch vom „Freiſinn" herkamen, erklärte der Bundesrat kaltſchnauzig, der Geſandte habe vollkommen korrekt und in Uebereinſtimmung mit dem Bundesrat gehandelt.[1])

Seien wir uns darüber vollkommen klar: Weder vom Bundesrat noch von irgend einer bürgerlichen Behörde der Schweiz iſt im Ernſt ein Kampf gegen die vom Faſchismus und Nationalſozialismus kommende tötliche Bedrohung der Schweiz zu erwarten.

Das zeigt ſich auch in der Stellungnahme des Bundesrates zur Verwendung des *Hakenkreuzes* in der Schweiz bei feſtlichen, ſportlichen und andern Anläſſen. Es verbirgt ſich hinter das formelle Recht: das Hakenkreuz ſei nun einmal neben der ſchwarz-weiß-roten Fahne das Abzeichen des Deutſchen Reiches. Aber man hat dem mit Recht entgegengehalten, daß es ein Parteiabzeichen iſt, und zwar ein gegen die Demokratie und ſpeziell gegen die Arbeiterſchaft gerichtetes Zeichen. Es iſt eine Unverſchämtheit ſondergleichen, wenn ein Staat ſich herausnimmt, ein ſolches Zeichen in andere Völker hineinzutragen. Das dürfte eine wirkliche Schweiz ſich nicht gefallen laſſen. Aber dazu gehörte ein wenig Tapferkeit und vaterländiſche Geſinnung.

Die fehlt freilich nicht nur unſern Behörden. Wie viele bürgerliche ſchweizeriſche *Zeitungen* haben den Mut, die zum Himmel ſchreienden Miſſetaten des Hitler-Reiches auch nur mitzuteilen, geſchweige denn dazu ein Wort der Verurteilung zu ſagen? Sogar ein Blatt wie die „Baſler National-Zeitung" erlaubt, im Widerſpruch zur Haltung anderer Mitarbeiter, ihrem Berliner Berichterſtatter, einem Schweizer, eine Propaganda für das Dritte Reich, die zwar gewiß optima fide und ohne Abſicht geſchieht, aber nichts deſto weniger verhängnisvoll wirken muß. „Wenn ſolches am grünen Holz geſchieht!" Aber man ſchicke einem ſolchen Blatte auch nur einen Bericht über eine etwas radikalere Friedensverſammlung oder ſonſt irgend etwas, was auch nur von ferne die „Landesverteidigung" in Frage zu ſtellen ſcheint! Dieſe Zuſammenſtellung zeigt deutlich, wie hohl und unwahr dieſes ganze Getue mit einer ſogenannten militäriſchen Landesverteidigung iſt, deren Objekt, die wirklich ſelbſtändige, demokratiſche Schweiz, man auf dieſe Weiſe dem Todfeind preisgibt. Es zeigt ſich auch, wie falſch es iſt, wenn leidenſchaftliche Feinde des Hitlertums erklären: „Wir ſind Antimiliteriſten, aber wenn es gegen Hitler ginge!" *Wenn!* Dieſes „wenn" hat einen andern Sinn, als ſie meinen. Vergeſſen dieſe Freunde denn ganz, daß unſere Armee durchaus in den Händen derjenigen Kreiſe iſt, die dem Hitlertum keineswegs feindlich ſind? Wenn! Dieſes

[1]) Einem ſolchen Manne oder ſeinem Perſonal iſt wohl auch die auf S. 336 (No. 7/8) erwähnte Aeußerung zuzutrauen, mag ſie auch dementiert werden.

„Wenn' wird nie eine *militärische* Erfüllung finden. Vergessen diese Freunde denn ganz, was doch sonnenklar ist: *daß gerade das Hitlertum unseren neuen Militarismus in den Sattel gehoben hat!*

Die Frechheit dieses von einer stets willigen Theologie und Religiosität unterstützten *neuen Militarismus* ist vorläufig groß. Sie zeigt sich in dem Vorgehen des Offiziersvereins gegen die Herausgeber der Broschüre über den 9. November (von dem vielleicht noch weiter zu reden sein wird), aber auch in neuen außerordentlichen finanziellen Bewilligungen für den Moloch. Kaum sind die 20 Millionen für den Karabiner verlangt und stillschweigend bewilligt, so kommen weitere 20 Millionen für die Ergänzung des Materials, die man als Krisenhilfe maskiert. Das wären also von den 100 Millionen, die Minger zu Vindonissa gefordert hat, schon 40. So springt man mit dem Volke um, dessen „Freiheit" verteidigen zu wollen man vorgibt.[1])

4. Damit sind wir wieder zum Thema der *Demokratie* gelangt. Alle bürgerlichen Parteien sehen sich offenbar durch die Volksstimmung und durch den Trieb der Selbsterhaltung gegenüber den Fronten genötigt, ihre unentwegte Treue zur Demokratie zu betonen, um dort, wo es darauf ankäme, diese Treue zu beweisen, sie sofort zu verraten. Das zeigt sich bei der Behandlung des neuen *Finanzprogrammes.* Dieses soll unter Berufung auf einen Notstand der Volksabstimmung entzogen werden. Denn das Volk würde es wohl wahrscheinlich verwerfen. In diesem *tatsächlichen* Verhalten liegt ein Bekenntnis, das durch keine *Wortbekenntnisse* aufgehoben werden kann, das Bekenntnis, *man traue dem Volke nicht zu, in entscheidenden Dingen das Rechte zu treffen.* Das aber ist ein Bekenntnis zum Fiasko der Demokratie.

In Wirklichkeit wäre das Volk bei all seinen Schwächen doch viel eher imstande, das Rechte zu treffen, als diese Vertretung von kapitalistischen und verwandten Interessen, welche Bundesrat und Bundesversammlung darstellen. Man müßte nur wagen, dem Volke *etwas Rechtes zu bieten* — etwas Ganzes, Tapferes, Imponierendes, statt einem armseligen Mosaik von allen möglichen partikulären Interessen und Rücksichten auf solche. Und natürlich ist es so, daß das Volk ein Gesetz verwirft, das *gegen* es gerichtet ist.

Das ist aber bei diesem Finanzprogramm insofern der Fall, als es die Lasten, die es schafft, vorwiegend den besitzlosen Volksmassen auflegt und den gleichen „Lohnabbau", den das Volk am 28. Mai deutlich genug auf dem demokratischen Wege verworfen hat, nun auf dem Wege der Diktatur durchsetzen will. Es fehlt diesem Programm ja auch inhaltlich jeder ernsthafte demokratische und soziale Charakter. Die Tantiemen- und Krisensteuer sind viel zu schonend, um die Abwesenheit einer scharfen Luxussteuer und Erbschaftssteuer, um nur diese zu nennen, aufzuwiegen. Es ist der alte Versuch, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

Es mit einem *Notstand* zu begründen, wenn eine gesetzgeberische Maßregel von solcher Tragweite der Volksabstimmung entzogen wird, ist natürlich eine eitle Ausrede. Wenn das Volk ausgeschaltet wird, sobald über sehr Wichtiges entschieden werden soll, so ist die Demokratie aufgehoben. Machen wir uns doch nichts vor: Es ist Verfassungsbruch! Leider haben die wirklich demokratischen Schöpfer der Verfassung mit einem solchen Verrat an der Demokratie nicht gerechnet, und so gibt es kein direktes verfassungsmäßiges Mittel dagegen. Aber die Folgen werden katastrophal sein. Und da reden diese Kreise bei andern von „Revo-

[1]) In dieses Kapitel gehört auch die Bewilligung von 5000 Franken für das hundertjährige Jubiläum des Offiziersvereins (im gleichen Augenblick, wo man dem Arbeiter-Turn- und Sportverein den Beitrag streicht) und die Abordnung von ganzen vier Bundesräten zu der Jubelfeier. Und da gibt es immer noch Leute, die sagen, wir hätten keinen Militarismus!

lution" und „Anarchismus" und halten ihnen die „Heiligkeit der Verfaſſung" oder des „Staates" entgegen!

5. Inzwiſchen erſchüttert die Kriſe weiter die träge Sicherheit unſerer ſchweizeriſchen Zuſtände, die ſo lange gedauert hatte. Auch die Spezereihändler drohen auf einer Tagung in Lauſanne mit einem „Marſch nach Bern". Die Bauern ſtellen zum Finanzprogramm weitgehende Poſtulate auf und geraten immer mehr in Konflikt mit der Politik der Großinduſtrie und des Großkapitals. Symptomatiſch iſt eine Aeußerung von Profeſſor Laur an der Delegiertentagung des Schweizeriſchen Bauernverbandes: „Auch in die Schweiz iſt von Deutſchland her das Schlagwort vom ‚Marxismus' eingedrungen. Hüten wir uns davor!" (Hoffentlich wird dieſer Rat befolgt!)

Daß er dieſe Lage richtig verſteht, iſt für den *Sozialismus* von entſcheidender Wichtigkeit. Und es ſcheint, daß er ſie zu verſtehen beginnt. Ein Flügel ſtellt ſich ehrlich und dem eigenſten Gefühl gehorchend auf dieſe neue Politik ein, die, aus dem Rahmen eines vorwiegend induſtrie-proletariſchen Sozialismus heraustretend, einen Sozialismus des *ganzen* Volkes erſtrebt und beſonders auch den Bauern, den Angeſtellten, den Gewerbetreibenden, dem ganzen „Mittelſtand" etwas bieten will, ein anderer geht wenigſtens taktiſch darauf ein. Die *Landsgemeinden für Arbeit und Freiheit,* die am zweiten Septemberſonntag in großen Teilen der Schweiz ſtattfanden, ſtellten (ob wohl in Anlehnung an die „zwölf Artikel" der Bauernſchaft anno 1525?) zwölf Forderungen auf, welche dieſe neue Haltung zum Ausdruck bringen. Sie lauten:

1. Ein umfaſſender Arbeitsbeſchaffungsplan; Aufnahme von Arbeitsanleihen zu billigem Zins; Schaffung einer Kriſenkaſſe zugunſten der notleidenden Wirtſchaft. 2. Einreihung der Jugendlichen in den Arbeitsprozeß. Ausreichende Fürſorge für die Alten. 3. Die ſtaatliche Regulierung des Kapitalexportes zugunſten ſchweizeriſcher Arbeitsbeſchaffung. Keinen Franken dem Ausland ohne ſchweizeriſche Arbeit! 4. Staatliche Zuſammenfaſſung von Einfuhr und Ausfuhr. Einſchränkung der Handels- und Gewerbefreiheit. Wer uns verkauft, muß von uns kaufen. 5. Gemeinwirtſchaftliche Leitung der Kartelle und Truſts. 6. Die Senkung des Hypothekarzinſes auf Koſten des arbeitsloſen Einkommens. 7. Umfaſſende Entſchuldung der landwirtſchaftlichen Kleinbetriebe; Stillhalteabkommen für notleidende, mit Vernichtung bedrohte gewerbliche und landwirtſchaftliche Betriebe; Umwandlung in Heimſtätten. 8. Die Sicherung eines Exiſtenzminimums für alle Werktätigen. 9. Die Kriſenſteuer auf große Vermögen und Einkommen. 10. Die Nationaliſierung der Banken und Verſicherungsgeſellſchaften. 11. Verbot der faſchiſtiſchen Wehrverbände. Waffenverbot für alle politiſchen Kampforganiſationen. 12. Ausbau der Demokratie zur ſozialiſtiſchen Wirtſchaftsdemokratie unter Wahrung der Gewerkſchaftsfreiheit und Ablehnung des Ständeſtaates und der Korporationsidee.

Dieſe Landsgemeinden ſind ſcheints ein großer Erfolg geweſen. Die im Theater von Vindoniſſa, offenbar als Gegenkundgebung zur Bircher-Mingerſchen gedacht, habe ungefähr doppelt ſo viele Teilnehmer aufgewieſen als dieſe. Wichtiger noch ſcheint mir, daß unter den Teilnehmern wenigſtens in mehr ländlichen Gegenden überall auch ziemlich viel Bauern und andere Nichtproletarier dabei geweſen ſeien. Im Thurgau hat ſogar neben dem ſozialdemokratiſchen Führer ein aargauiſcher Bauernſekretär referiert. Und in einer Verſammlung in Baſel, wo auch Reinhart referierte, rief man „zur Bildung einer Volksgemeinſchaft der Arbeiter, Intellektuellen, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden auf, welche die Rechte des Volkes gegenüber Großinduſtrie und Großkapital vertreten müßte". Hier öffnen ſich ſehr wichtige und erfreuliche Perſpektiven.

Der Ausgang des Wahlkampfes in Zürich, der größten Schweizerſtadt, in welcher die Bürgerlichen das ſozialiſtiſche Regime (dem kein Menſch im Ernſte vorwerfen kann, daß es der Stadt Schaden gebracht habe) ſtürzen wollen, wird all-

gemein als ein Symptom der ganzen Lage verſtanden werden. Es iſt, damit der Reaktion der Kamm nicht zu arg ſchwelle, ſehr zu wünſchen, daß ihr Anſturm am nächſten Sonntag abgeſchlagen werde. Freilich darf deswegen der ſozialiſtiſche Kamm dann noch nicht ſchwellen!

6. Ein *Symptom,* und zwar als ſolches eines von guter Bedeutung, iſt auch das Erſcheinen der neuen Wochenzeitſchrift, die den Titel: „*Die Nation,* unabhängige Zeitſchrift für Demokratie und Volksgemeinſchaft" trägt und zu der eine große Reihe von bekannten bürgerlichen und ſozialiſtiſchen Politikern ſtehen. Das gemeinſame Programm ſoll die Verteidigung der Demokratie und damit der Schweiz bilden, wozu eine gewiſſe Aufgeſchloſſenheit gegenüber dem ſozialen Problem gehört, die als Pflege der Volksgemeinſchaft zum Ausdruck kommt.

Sehr wenig gefällt mir der Titel; er ſchmeckt zu ſehr nach einer Konzeſſion an einen künſtlichen ſchweizeriſchen Nationalismus. Ich für meine Perſon rede gerne von einem ſchweizeriſchen *Volke,* aber nicht von einer ſchweizeriſchen *Nation.* Im übrigen iſt das Unternehmen etwas wie eine Auferſtehung der „Neuen Schweizer-Zeitung", deren Eingehen ein ſchweres Unglück war. Aber man merkt im Unterſchied der beiden Unternehmen doch das Sinken des geiſtigen und politiſchen Niveaus, das ſich ſeither vollzogen hat. Die „Neue Schweizer-Zeitung" genierte ſich nicht, auch Männer und Frauen zu Mitarbeitern und Stützen zu haben, die nicht vor dem Militärgötzen den Kniefall gemacht hatten. Dieſe ſind dem neuen Unternehmen ferngehalten worden, wenigſtens inſoweit ſie als ſolche der Oeffentlichkeit beſonders bekannt ſind. Der Umſtand, daß ſie einen langen, ſchweren, opfervollen Kampf für die Demokratie, die Volksgemeinſchaft und die Selbſtändigkeit der Schweiz geführt haben, ſchützt ſie nicht davor, der Mitarbeit an dieſem Werke nicht würdig erfunden zu werden. Sie würden offenbar die Bravheit dieſer erlauchten Geſellſchaft kompromittieren! Das wird dieſen Ausgeſchloſſenen keine ſchlafloſen Nächte machen. Aber leid kann es einem ſchon tun, daß auch ein Mann wie Dr. Gadient, der Hauptredaktor, ſich vor einem ſolchen Geiſte beugt und daß das neue Werk in einem ſo kleinlichen Geiſt beginnt. Das muß ſchon ganz offen geſagt werden: *Mit Feigheit und Unritterlichkeit wird keine neue Schweiz gebaut!* Davon haben wir ſchon jetzt gerade genug.

Das mußte alſo ehrlicherweiſe geſagt werden. Aber als Symptom eines neuen Wollens iſt das Unternehmen trotzdem erfreulich. Vielleicht faſſen eines Tages noch etwas tapferere und hochgeſinntere Menſchen auf ihre Art die gleiche Aufgabe an.

Die ſchweizeriſche Waffen- und Munitionsausfuhr und die ſchweizeriſchen Vereinigungen für den Völkerbund. Unter dem Eindruck der ungeheuren Rolle, welche die Rüſtungsinduſtrie unter den Urſachen des Krieges ſpielt und der ſtarken Beteiligung der Schweiz, ganz beſonders durch ihren „Erneuerer" Sonderegger, iſt auch bei uns eine Bewegung entſtanden, die dieſen Fluch wenigſtens von unſerem Lande verbannen möchte. Sie verdichtete ſich zu der Forderung eines *Verbotes* alles Munitions- und Waffenhandels. Und ſie hatte alle Ausſicht, weite Kreiſe unſeres Volkes zu gewinnen. Aber ſie hatte freilich nicht mit der Tatſache gerechnet, daß es unter uns eine ſogenannte Friedensorganiſation gibt, deren Hauptgeſchäft zu ſein ſcheint, alles zu verhindern, was *im Ernſte* dem ſchweizeriſchen Militärgötzen und ſeinen Verbündeten auf den Leib rücken will, nämlich die Vereinigung für den Völkerbund. Deren Leitung machte ſofort Oppoſition. Nicht Verbot, das wäre extrem, ſondern Kontrolle durch den Bundesrat. Es wurde eine „Studienkommiſſion" eingeſetzt, aus der man die Antimilitariſten, von denen doch die Anregung ausgegangen war, ausſchloß. In ihrem Schoße reifte der Vorſchlag, eine ſolche Kontrolle mit einem Syſtem von „Lizenzen" einzurichten, die es ermöglichten, auch den Einfluß ausländiſchen Kapitals abzuhalten. Das Hauptargument der Verteidiger dieſes Vorgehens iſt, daß wir die private Waffenfabrikation für unſere Landesverteidigung nicht entbehren könnten, daß dieſe aber nur möglich ſei, wenn ſie Ausfuhrhandel treiben dürfe. Dazu

kommt dann das andere, wir ſeien ſelbſt auf die Einfuhr von Waffen angewieſen und dürften darum logiſcherweiſe nicht ſelbſt verbieten, was wir bei andern nicht entbehren könnten. Die Anhänger des Verbotes dagegen erwarten von einer ſogenannten Kontrolle durch den Bundesrat und ſeinen „Lizenzen" nichts und glauben, eine Verſorgung der Schweiz mit dem, was dieſe für ihre Landesverteidigung brauche, laſſe ſich auf andere Weiſe regeln. Denn ſie wollen mit dem Verbot nicht die ſogenannte militäriſche Landesverteidigung treffen, ſondern bloß die Ehre und Sicherheit der Schweiz retten. Sie wollen übrigens auch nicht die private *Herſtellung* von Waffen und Munition verboten ſehen, ſondern nur jede *Ausfuhr* davon.

Zum endgiltigen Austrag kam dieſer Meinungsſtreit auf der Jahresverſammlung der Völkerbundsvereinigung in Luzern, die im Mai ſtattfand. Dieſe Verhandlung bedeutet eine der übelſten Erfahrungen von Illoyalität, die ich je gemacht habe. Nicht nur hatte man den Vertretern der offiziöſen Anſicht ganze drei Referate eingeräumt (wozu die unbeſchränkte Redefreiheit des Sekretärs kam), uns aber keines, ſondern die ganze Sache war ſchon zum voraus abgemacht. Während wir, um den Schein einer Agitation zu vermeiden und auf die Ausſprache in Luzern vertrauend, den Sektionen nicht einmal von unſerem Standpunkt Kenntnis gaben, wurden dieſe von der andern Seite reichlich bearbeitet und ſogar veranlaßt, daß in den Sektionen ſchon die Abſtimmung ſtattfand und die Delegierten mit gebundenen Mandaten kamen. Die Abſtimmung war alſo nur eine Bekanntgabe ſchon ſtattgefundener Abſtimmungen. Wir hatten für die Katze geredet, hätten ebenſogut daheim bleiben können. Sicherlich wäre das Stimmenverhältnis bei einem loyalen Modus anders ausgefallen. So mußten wir uns immer wieder ſagen laſſen, wir folgten dem bloßen *Gefühl*, während die andern dem *Verſtande* gehorchten (man kam ſich zuletzt ſehr gefühlvoll dumm vor gegenüber ſoviel Verſtand!) und uns zuletzt von Herrn Laharpe Sottiſen gefallen laſſen, auf die zu erwidern nicht mehr anging. Der Illoyalität dieſer Verhandlung entſprach die der Berichterſtattung in den Zeitungen. Freundliche und verſöhnliche Worte, die wir an der Verſammlung und nachher auch hören durften, konnten den bemühenden Eindruck der Tagung und deſſen, was ihr vorausgegangen war, nicht gutmachen. Wir wiſſen nun endgiltig, woran wir mit dieſen Vereinigungen ſind und werden die Konſequenzen ziehen. Die Idee des Völkerbundes werden wir immer vertreten. Und wir werden dafür ſorgen, daß auch in Bezug auf die Waffen- und Rüſtungsinduſtrie das Gewiſſen unſeres Volkes nicht einſchläft.

Verdankungen. Für die *Kinder der Arbeitsloſen* wurden uns als „Ertrag eines Puppentages in Albisbrunn" zugewieſen: Fr. 25.—.

Für die *deutſchen Flüchtlinge* ſind bei uns eingegangen: von Ungen. in L. Fr. 5.—; E. B. in W. 8.50; F. W. in F. 30.—; Ungen. in L. 5.—, im Ganzen 48.50. Wir möchten dieſe Gaben herzlich verdanken, die, mit den früher eingegangenen Spenden, es uns ermöglichten, da und dort einer Not zu ſteuern, die Härte des Schickſals dieſer aus ihrer Heimat und von ihrer Arbeit Vertriebenen ein wenig zu mildern. L. und C. Ragaz.

Von Abgeſchiedenen. Wieder iſt einer der treueſten Freunde der „Neuen Wege" und der von ihnen vertretenen Sache von uns geſchieden: unſer lieber *Theodor Wirth.* Sohn eines der beſten Männer, die die Schweiz gehabt hat, des Oberſthelfers (d. h. des zweiten Pfarrers) Zwingli Wirth am Münſter in Baſel, iſt er ſelbſt Pfarrer geworden. Dann aber hat ihn ſein Schickſal und Temperament in die Politik geführt, und zwar zunächſt in die demokratiſche, aus der er zuletzt in die ſozialiſtiſche überging. Er hat in die Politik etwas von dem ſtürmiſchen Idealismus hineingetragen, der jener Generation allgemeiner eigen war und den er noch beſonders von ſeinem Vater geerbt hatte. Im äußeren Leben hat er damit viel Schiffbruch erlebt, aber ſeine Seele blieb ungebeugt, und

wie ſein Vater bewahrte er bis ins höchſte Alter die Jugendfriſche und das Jugendfeuer des Geiſtes. Es war für einen ſolchen Menſchen ſchwer, noch all die Zuſammenbrüche von Freiheit und Recht und all die Erniedrigungen des menſchlichen Weſens, die wir erleben, mit anſehen zu müſſen. Deſto enger ſchloß er ſich der kämpfenden Gemeinde der „Religiös-Sozialen" an. Es war rührend, wie er, kaum noch des Gehens fähig, doch nicht verſäumte, wenigſtens die Jahresverſammlung der Freunde der „Neuen Wege" zu beſuchen, ſolange es irgendwie ging. Nur die letzte mußte er auslaſſen. Wir werden ſeiner Anhänglichkeit, Nachſicht und Liebe ſtets in warmer Dankbarkeit gedenken. Mit ihm geht einer der letzten Vertreter einer Generation und Art von uns, die beſſer, größer und lichter war, als wir ſind.

Wer kann es machen? Aus dem Kreiſe des religiöſen Antimilitarismus wird dringend gewünſcht, es möchte ein *Weihnachtsſpiel „Friede auf Erden"* geſchaffen werden. Wer will ſich daran machen? Die *Zentralſtelle für Friedensarbeit* in *Zürich*, Gartenhofſtraße 7, iſt gerne bereit, ſolche Verſuche zu prüfen und allfällig herauszugeben.

Aus der Arbeit

Volkshochſchulheim für Mädchen, Lenzerheideſee,
1500 m über Meer, Graubünden.
Winterkurs 1933 auf hauswirtſchaftlicher Grundlage:
Dauer: 25. Oktober 1933 bis 24. März 1934.

Der einfache aber große Haushalt von Caſoja wird durch die Kursmädchen, unter der Leitung von zwei Hauswirtſchaftslehrerinnen, geführt. Die Praxis wird ergänzt durch theoretiſche Stunden in Hauswirtſchafts-, Ernährungs- und Nahrungsmittellehre.

In den Tageslauf verflochten ſind weitere theoretiſche Stunden. Sie behandeln:

Säuglingspflege,
Fragen der Kindererziehung,
Einführung in die Kulturgeſchichte des Kantons Graubünden.

Nach Neujahr werden Gaſtreferenten über die folgenden Gebiete referieren (Aenderungen vorbehalten):

Soziale Fragen,
Religiöſe Fragen,
Bürgerkunde,
Einführung in Gebiete der Kunſt.
Hygiene der Frau.

An verſchiedenen Abenden ſoll in Werke Jeremias Gotthelfs eingeführt werden. Muſik wird durch Geſang und durch Inſtrumente gepflegt.

Gymnaſtik und Sport werden regelmäßig betrieben und geben Gelegenheit zu geſunder Bewegung.

An den Nachmittagen, welche der Handfertigkeit gewidmet ſind, haben die Mädchen die Möglichkeit, praktiſche, ſchöne Gegenſtände